Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU***Der Kopenhagen-Prozess in der beruflichen Bildung***

Am 30. November 2002 verabschiedeten die Bildungsminister der EU, der damaligen Beitrittskandidatenländer mit weiteren europäischen Staaten sowie den Sozialpartnern die Kopenhagener Erklärung, in der konkrete Themenfelder und Umsetzungsschritte zur Verstärkung der europäischen Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung definiert werden. Als Fortschreibung hierzu wurden 2004 auf der Folgekonferenz gemeinsam mit der Europäischen Kommission im so genannten Maastricht-Kommuniqué zukünftige Prioritäten festgelegt.

Ziel ist die Modernisierung der europäischen Berufsbildungssysteme und ein verbessertes Beschäftigungsangebot. Betont werden im Maastricht-Kommuniqué die Notwendigkeit der Attraktivitätssteigerung der beruflichen Bildung in Europa, die stärkere Verknüpfung von beruflicher Bildung mit dem Arbeitsmarkt und die erforderlich stärkere Durchlässigkeit zum Hochschulbereich.

Zur Umsetzung des Kopenhagen-Prozesses wurden neben einem steuernden Koordinierungsgremium drei Arbeitsgruppen zu den Themen Transparenz, Qualitätssicherung und Leistungspunktesystem eingerichtet, die zu Beginn des Jahres 2003 ihre Arbeit aufgenommen haben. Zur Erreichung der gesamten Ziele sollen folgende Instrumentarien geschaffen werden:

- ein europaweit einheitliches Dokument für Qualifikationen und Kompetenzen in der Aus- und berufsbezogenen Weiterbildung (Europass);
- gemeinsame europäische Prinzipien zur Identifizierung und Validierung non-formal und informell erworbener Lernergebnisse;
- einen gemeinsamen europäischen Bezugsrahmen zur Qualitätssicherung;
- Prinzipien eines Grundmodells für ein europäisches Leistungspunktesystem für die berufliche Bildung (ECVET).

Wir fragen den Senat:

1. Welche Vorkehrungen hat der Senat zur Umsetzung der Zielsetzungen des Kopenhagen-Prozesses zur Schaffung eines Europäischen Qualifikationsrahmens in der beruflichen Bildung getroffen?
2. Sind nach Ansicht des Senats in den zuständigen Fachressorts ausreichende Experten vorhanden, um die europäischen Prozesse zu begleiten und umzusetzen?
3. Durch welche Strukturen wird die interne Kommunikation zwischen den zuständigen Ressorts sichergestellt?
4. Wie wird eine Beteiligung der Kammern und sonstigen Stellen sichergestellt, die mit der beruflichen Bildung im Lande Bremen befasst sind?
5. Welche Position beziehen die Kammern und sonstige Stellen im Hinblick auf die Umsetzung der Maßnahmen zur Umsetzung der Kopenhagen-Vereinbarung, und wie schätzen diese die bisherigen Umsetzungsbemühungen des Senats ein?

6. Inwiefern unterstützt der Senat die Einführung eines einheitlichen gemeinschaftlichen Rahmenkonzeptes zur Förderung der Transparenz bei Qualifikationen und Kompetenzen (Europass) in Bremen?
7. Der Europass soll den Bürgern die Möglichkeit bieten, Informationen über ihre Qualifikationen und Kompetenzen klar und umfassend zu präsentieren. Wie sollen Kompetenzbeschreibungen vorgenommen werden?
8. Inwiefern werden im Europass auch Schülerleistungen einbezogen, beispielsweise Praktika und Projektarbeiten?
9. Der Bereich Qualitätssicherung in der beruflichen Bildung ist als eine Priorität des Kopenhagen-Prozesses definiert. Welche Verfahren und Instrumente der Qualitätssicherung werden in Bremen bereits eingesetzt, und wie sollen diese gegebenenfalls ergänzt und weiterentwickelt werden?
10. Durch welche Maßnahmen will der Senat einen regelmäßigen Evaluierungsprozess gewährleisten?
11. Der Kopenhagen-Prozess sieht die Erarbeitung und Einführung eines Europäischen Leistungspunktesystems für die berufliche Bildung (ECVET) vor. Wie sollen die Leistungspunkte definiert werden? Wer wird sie definieren? Wie verläuft die Abstimmung mit den anderen Bundesländern? Gibt es Initiativen zur Einführung des ECVET-Systems?
12. Im Rahmen des Kopenhagen-Prozesses werden gemeinsame europäische Grundsätze zur Validierung von informell und non-formal erworbenen Qualifikationen und Kompetenzen entwickelt. In welchem Rahmen sollen die Grundsätze im Lande Bremen angewendet werden?
13. Wie kann aus Sicht des Senats die Anerkennung von deutschen Bildungsabschlüssen und Berufsqualifikationen im Ausland verbessert werden?
14. Wie wird insbesondere abgesichert, dass das bewährte System der dualen Berufsausbildung nicht zugunsten vollschulischer oder Hochschulausbildung auf der Strecke bleibt?
15. In welchem Maße hat sich Bremen bislang an den EU-Berufsbildungsprogrammen beteiligt, und wie hoch waren die Mittelzuflüsse in das Land Bremen?
16. Welche Senatsstellen sind geeignete Ansprechpartner für Interessenten an EU-Berufsbildungsprogrammen?
17. In welchem Umfang hat sich Bremen an bilateralen Programmen zur Förderung der Berufsbildung beteiligt?

Rainer Nalazek, Ulrike Hövelmann,
Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD

Bernd Ravens,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU